

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßt die Ausschussmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, als Gäste die Herren Niedermeier und Krüger von der „nk-Beratung GbR“ sowie Herrn Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung Coesfeld.

Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 13. Januar 2014 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Fraktionsvorsitzender Branse stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**:
Der TOP 3 der nichtöffentlichen Sitzung „Vorstellung des Organisationsgutachtens für die Verwaltung der Gemeinde Rosendahl“ soll in öffentlicher Sitzung beraten werden.

Bürgermeister Niehues erklärt, dass er diesen Tagesordnungspunkt nach Rücksprache mit den Gutachtern im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vorgesehen habe. Die Gemeinde Rosendahl habe eine kleine Verwaltung, so dass bei der Vorstellung der Ergebnisse schnell Rückschlüsse auf Personen gezogen werden könnten. Um das zu vermeiden und weil das nach Auskunft der Gutachter auch in 95 % der anderen Kommunen so gehandhabt werde, habe er sich für die Beratung im nichtöffentlichen Teil entschieden.

Fraktionsvorsitzender Steindorf teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion dem Antrag der SPD-Fraktion unter der Prämisse anschließen werde, dass personenbezogene Fragen, die sich während der Beratung ergeben könnten, in den nichtöffentlichen Teil verwiesen werden.

Bürgermeister Niehues schlägt sodann vor, das Organisationsgutachten als TOP 5 der öffentlichen Sitzung zu beraten und alle folgenden Tagesordnungspunkte entsprechend aufrücken zu lassen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja Stimmen
 1 Enthaltung

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

2.1 Änderungswunsch Sitzungskalender - Herr Mensing

Fraktionsvorsitzender Mensing weist darauf hin, dass die konstituierende Ratssitzung für den neuen Rat für Mittwoch, den 18. Juni 2014 geplant sei. Aufgrund des Feiertages am darauffolgenden Donnerstag würden viele Arbeitnehmer hier ein langes Wochenende planen, zu dem sie schon am Mittwoch aufbrechen. Er fragt, ob

es möglich sei, den Termin der Ratssitzung ausnahmsweise auf Dienstag, den 17. Juni 2014 zu legen.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärt, dass dieser Termin durch einzuhaltende Fristen, wie z.B. die Annahme der Mandatserklärung nach der Kommunalwahl, zustande gekommen sei und unter Berücksichtigung der Ladungsfristen der frühestmögliche für eine konstituierende Sitzung sei. Da ja für Juli 2014 bereits eine Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und eine weitere Ratssitzung geplant seien, müsste in der konstituierenden Sitzung die Ausschussbildung erfolgen. Er werde aber nochmals prüfen, ob eine andere Möglichkeit bestehe.

Bürgermeister Niehues ergänzt, dass er den Sitzungskalender ändern werde, wenn die Prüfung ergeben sollte, dass eine Verschiebung der konstituierenden Sitzung möglich sei.

Eine weitere Möglichkeit sei, die Ratssitzung nach hinten zu verschieben und auf die im Juli geplanten Sitzungen zu verzichten.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Söller, ob damit nicht die Pflicht zur Einberufung einer konstituierenden Sitzung innerhalb von drei Wochen nach der Wahl verletzt werde, erklärte Bürgermeister Niehues, dass der § 47 der Gemeindeordnung vor kurzem dahingehend geändert worden sei, dass die Frist zur Einberufung des Rates nach der Kommunalwahl sechs Wochen betrage. Insofern stehe einer Verschiebung nach hinten nichts im Wege. Wenn es der Wunsch der Ratsmitglieder sei, so zu verfahren, werde er die Fristen nochmals prüfen und den Sitzungskalender entsprechend ändern.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

In der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 9. Oktober 2013 wurden keine Beschlüsse gefasst.

4 Hausarztversorgung im Ortsteil Holtwick hier: Angebot von Dr. med. M. El-Awad vom 17.12.2013 Vorlage: VIII/648

Bürgermeister Niehues verweist auf die Sitzungsvorlage VIII/648.

Ausschussmitglied Reints erklärt, dass er unbedingt der Auffassung ist, dass es in allen drei Ortsteilen Ärzte geben muss. Mit Dr. El-Awad sei das in der Vergangenheit schwierig gewesen, nach Schließung der Praxis allerdings noch schwieriger. Die Politik und die Verwaltung stünden sicher beim Bürger in der Pflicht, die ärztliche Versorgung voranzutreiben, die Entscheidungen würden aber an anderer Stelle getroffen. Wenn es mit der Bereitstellung von 12.500 € gelingen würde, die Ansiedlung eines Hausarztes in Holtwick innerhalb einer vernünftigen Frist voranzutreiben, könne er dem zustimmen, zumal die Gemeinde sich ja auch in Osterwick bei der Ansiedlung eines Hausarztes eingebracht habe. Je länger jedoch die Arztstelle unbesetzt bleibe, umso mehr Patienten würden sich anders orientieren.

Bürgermeister Niehues antwortet, dass er das genauso sehe. Die Vermittlungspro-

vision werde ja auch nur bei einer erfolgreichen Vermittlung und Praxisübernahme fällig.

Fraktionsvorsitzender Mensing führt aus, dass die WIR-Fraktion sich grundsätzlich den Ausführungen von Herrn Reints anschließe. Selbstverständlich sei mit der Ansiedlung eines Hausarztes in einem Ortsteil eine positive Außenwirkung verbunden. Die Infrastruktur werde damit deutlich verbessert. Die WIR-Fraktion würde noch weitergehen und sich wie in den anderen Ortsteilen für die Bereitstellung von entsprechenden Räumlichkeiten einsetzen. Wenn es dann wie in Osterwick, z.B. Probleme bei der Bereitstellung von Parkplätzen gebe, sollte sich die Gemeinde aktiv einbringen und evtl. auch finanziell beteiligen. Die Forderungen, die Dr. El-Awad in seinem Schreiben gestellt habe, weise die WIR-Fraktion aber klar zurück. Den Beschlussvorschlag der Verwaltung werde die WIR-Fraktion mit einer kleinen Änderung mittragen, dazu werde er aber später noch etwas sagen.

Ausschussmitglied Rahsing teilt mit, dass er ein Gespräch mit dem Sohn von Dr. El-Awad geführt habe. Dieser habe für seinen momentan abwesenden Vater erklärt, dass dieser nach wie vor sehr daran interessiert sei, einen Nachfolger für seine Praxis zu finden. Die von Herrn Mensing vorgeschlagene Unterstützung bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten für eine Arztpraxis könne gar nicht umgesetzt werden, da durch das von Dr. El-Awad in Gang gesetzte Nachbesetzungsverfahren kein Weg an diesem vorbeigehe. Die CDU-Fraktion habe mit Vertretern der SPD Gespräche geführt und einen gemeinsamen Termin mit Dr. El-Awad abgemacht, der am 28. Februar 2014 wieder da sein werde. In diesem Gespräch wolle man versuchen, Dr. El-Awad deutlich zu machen, welche Konsequenzen seine Forderungen haben könnten. Die CDU-Fraktion schlage vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass im Haushalt 2014 20.000 € mit einem Sperrvermerk bereitgestellt werden, um mögliche Investitionen für die Ansiedlung eines Hausarztes im Ortsteil Holtwick tätigen zu können.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärt, dass seiner Meinung nach die Gemeinde Rosendahl in eine finanzielle Schieflage geraten werde, weil sie mit Geld versuche, etwas zu entscheiden, was sie nicht zu entscheiden habe. Es sei allein die Sache von Dr. El-Awad, wem er seine Praxis überlasse und an wen er sie verkaufe. Es sei schwierig, in öffentlicher Sitzung über die möglichen Gründe für die Schwierigkeiten bei der Nachbesetzung der Praxis nachzudenken. Er könne auch in Osterwick nicht die „Erfolgsstory“ der Arztansiedlung erkennen. Auch ohne Unterstützung der Gemeinde hätte sich hier ein Arzt angesiedelt, wie man im Nachhinein gesehen habe. An dieser Stelle macht er deutlich, dass er an den von Herrn Rahsing zitierten Gesprächen mit der SPD nicht beteiligt gewesen sei und sich auch weigern würde, Gespräche mit Dr. El-Awad zu führen. Er sehe die Praxisübernahme eigentlich als privatrechtliches Geschäft, das die Politik nichts angehe. Allerdings habe man den Bürgermeister ja aufgefordert, Gespräche mit Dr. El-Awad zu führen, der auf diese Gespräche mit entsprechenden Forderungen an die Gemeinde reagiert habe. Er könne den Wunsch der Bürger zwar verstehen, einen Hausarzt im Ortsteil Holtwick zu haben, er sehe aber nicht die Gefahr einer Unterversorgung. Es gebe grundsätzlich genügend Ärzte. Auf dem Land werde das gerne anders dargestellt und die Angst der Bürger werde geschürt. Das ergebe sich aus dem im Ortsteil Holtwick ausgelegten Flyer der „Initiative Bürger für Hausarzt“. Danach solle letztendlich ein Arzt „gekauft“ werden. Das sei eine Politik, die die Gemeinde teuer zu stehen kommen werde. Das sei seine persönliche Meinung. Bei der abschließenden Abstimmung werde er sich enthalten.

Fraktionsvorsitzender Meier teilt mit, dass die FDP-Fraktion sich zwar damit schwer tue, dem Beschlussvorschlag aber zustimmen werde. Im Ortsteil Osterwick habe man gesehen, dass es zwei Modelle für die Ansiedlung von Hausärzten gegeben habe. Das eine sei „smart“, das andere „teuer“ gewesen. Grundsätzlich sehe die

FDP-Fraktion aber die Notwendigkeit, in jedem Ortsteil einen Hausarzt zu etablieren. Allerdings sei man bereits mit dem Vorgehen in Osterwick in ein System eingestiegen, mit dem man sich im Grunde über verschiedene Subventionierungen Ärzte „kaufe“. Mittelfristig begebe man sich damit in Konkurrenz zu andern Gemeinden, z.B. in Bezug auf die Gewerbesteuer. Man mache damit quasi die „Büchse der Pandora“ auf, ohne zu wissen, was dabei herauskomme. In diesem speziellen Fall sei aber wie gesagt, die Notwendigkeit gegeben, zumal ja die Zahlung der Vermittlungsprovision davon abhängig sei, dass auch die übrigen Voraussetzungen für die Praxisübernahme erfüllt werden.

Bürgermeister Niehues macht deutlich, dass er die Unterstützung der Gemeinde Rosendahl bei der Ansiedlung von Dr. Schapiro nach wie vor für richtig halte. Dr. Homann sei erst drei Jahre nach der Ansiedlung von Dr. Schapiro mit seiner Ausbildung fertig gewesen und habe sich auch nur deshalb in Rosendahl niedergelassen, weil er selbst Rosendahler sei. Ohne Dr. Schapiro hätte man drei Jahre lang einen massiven Engpass bei der ärztlichen Versorgung gehabt. Inzwischen betreue Dr. Homann viele der ehemaligen Patienten von Dr. El-Awad mit und sei damit auch schon an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt.

Fraktionsvorsitzender Steindorf gibt Herrn Branse in seiner Auffassung Recht, dass die Gemeindeverwaltung und der Rat grundsätzlich nichts mit der Ansiedlung eines Arztes und einer Praxisübernahme zu tun haben. Er sehe es in diesem Fall jedoch als politischen Auftrag der Bürger an, die ärztliche Versorgung in Holtwick sicher zu stellen. Ähnliche Diskussionen gebe es ja auch in Gescher und Billerbeck. In Gescher werde gerade eine Unterschriftensammlung von Bürgern an den Bürgermeister übergeben. Der Bürger habe das Recht, seine politischen Vertreter mit der Suche nach einer Lösung zu beauftragen. Die CDU-Fraktion wende sich nicht gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Sie wolle mit der Bereitstellung von 20.000 € lediglich den finanziellen Spielraum erweitern, um eine bestmögliche Lösung für die Hausarztansiedlung in Holtwick erreichen zu können. Verschiedene Lösungen seien denkbar, aber letztendlich sitze Dr. El-Awad im Moment am „längeren Hebel“ und müsse unbedingt einbezogen werden. Die Summe von 20.000 € sei ein willkürlich gewählter Betrag, über dessen Verwendung der Ausschuss dann zu gegebener Zeit entscheiden könne und der nicht zwingend ausgeschöpft werden müsse. Er bittet darum, dieses sensible Thema nicht zu einem politischen Thema im kommenden Wahlkampf werden zu lassen.

Fraktionsvorsitzender Meier macht deutlich, dass die FDP-Fraktion schon erhebliche Schwierigkeiten bei der Zustimmung zu den von der Verwaltung vorgeschlagenen 12.500 € habe und alles was darüber hinausgehe, ablehnen werde.

Fraktionsvorsitzender Mensing widerspricht den zuvor gemachten Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden Branse. Das was die Gemeinde in Osterwick gemacht habe und jetzt auch für den Ortsteil Holtwick plane, sehe er als Wirtschaftsförderung an, mit der die Infrastruktur verbessert werde. Es gehe um die zweckgebundene Bereitstellung einer Summe für die Zahlung einer Vermittlungsgebühr. Es erfolge ja keine Zahlung an den Arzt direkt und damit auch keine Subventionierung einer Person. Er sehe durchaus, dass eine Lösung ohne die Mitwirkung von Dr. El-Awad kaum möglich sein werde, da dieser im Moment im Besitz der Kassenzulassung sei. Dennoch wolle die WIR-Fraktion sich nicht von dessen Forderungen erpressen lassen. Jegliche persönliche Zahlung an Dr. El-Awad lehne die WIR-Fraktion ab.

Fraktionsvorsitzender Branse antwortet, dass es das gute Recht von Dr. El-Awad sei, seine Praxis verkaufen zu wollen. Damit habe die Politik nichts zu tun. In dem schon zuvor zitierten Flyer werde aber deutlich gemacht, was die Gemeinde schon in Osterwick investiert habe und dass dieses auch für Holtwick gefordert werde und es zudem hohe Zuschüsse des Landes für die Ansiedlung eines Arztes gebe. Er

persönlich sei nach wie vor der Ansicht, dass es nicht richtig sei, sich hier einzumischen. Da er sich aber ohnehin enthalten werde, könne der Beschluss auch dahingehend geändert werden, dass 20.000 € in den Haushalt eingestellt werden.

Fraktionsvorsitzender Meier verweist auf die Stellungnahme vom Fraktionsvorsitzenden Mensing, der den Aspekt der Daseinsvorsorge durch die Ansiedlung von Ärzten ins Spiel gebracht habe. Das lasse sich ja beliebig ausweiten auf andere Bereiche wie Rechtsanwälte, Blumenläden und Supermärkte. Er sehe hier eine gefährliche Entwicklung voraus, die man durch Ziehen von Grenzen verhindern müsse.

Fraktionsvorsitzender Steindorf macht nochmals deutlich, dass die Forderung der CDU-Fraktion nach der Einstellung von 20.000 € in den Haushalt nicht abhängig von der Zahlung einer Vermittlungsprovision sei. Man wolle damit lediglich einen Spielraum für jedweden sich abzeichnenden Weg schaffen, um die ärztliche Versorgung in Holtwick sicherzustellen. Die ärztliche Versorgung sei eine elementar wichtige Angelegenheit, die zwar grundsätzlich nicht als politische Angelegenheit zu betrachten sei. Dennoch sei die ausschließlich wirtschaftsliberale und ökonomische Betrachtung, hier der Vergleich mit Blumengeschäften und Supermärkten, nicht in Ordnung. Hier gehe es doch insbesondere um die Belange und Sorgen älterer Bürger, die sich fragen müssten, wie sie ihren Arzt erreichen und dafür unter Umständen hohe Kosten für ein Taxi aufbringen müssten. Um solche Probleme zu lösen, sei er doch gewählter Vertreter der Bürgerschaft.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärt auf die zuvor vom Fraktionsvorsitzenden Branse geäußerte Kritik, dass er es für völlig legitim halte, Zuschüsse des Landes für die Ansiedlung eines Hausarztes auszunutzen. Es gebe an vielen Stellen Zuschüsse, wie z.B. für die behindertengerechte Gestaltung von Gebäuden und vieles mehr. Dann sei es doch auch richtig, von der Landesregierung bereitgestellte Zuschüsse für die Ansiedlung eines Arztes zu nutzen.

Fraktionsvorsitzender Branse entgegnet, dass er nach wie vor der Ansicht sei, dass mit diesem Thema einfach nur Wahlkampf gemacht und die Angst der Bürger geschürt werde. Es sei kein tatsächlicher Ärztemangel vorhanden. Der Arzt aus Legden komme auch nach Holtwick und mache Hausbesuche, wenn das erforderlich sei. Es sei nicht zwingend erforderlich, die Ansiedlung eines Hausarztes finanziell zu unterstützen.

Fraktionsvorsitzender Mensing antwortet, dass es hier nicht um Wahlkampf gehe. Vor drei Jahren habe man sich in Osterwick genauso für die Ansiedlung von Dr. Schapiro eingesetzt. Damals habe das niemand als Wahlkampf bezeichnet. Nur der zeitliche Zusammenfall von Kommunalwahl und der notwendigen Nachbesetzung der Hausarztstelle führe nun zu diesen Unterstellungen, die er von sich weise.

Fraktionsvorsitzender Steindorf stellt einen **Antrag zur Geschäftsordnung** und bittet um Unterbrechung der Sitzung.

Die Sitzung wird daraufhin von 19:35 Uhr bis 19:40 Uhr unterbrochen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf teilt anschließend mit, dass man nach gemeinsamer Beratung mit der WIR-Fraktion den Vorschlag mache, dass für das Jahr 2014 ein Haushaltsposten in Höhe von 15.000 € für die Sicherstellung der Ärzteversorgung in Holtwick bereitgestellt werden solle.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst sodann folgenden **Beschluss**:

Für die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im Ortsteil Holtwick werden 15.000 Euro in den Haushalt 2014 eingestellt. Über die konkrete Verwendung ent-

scheidet der Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja Stimmen
1 Enthaltung

**5 Vorstellung des Organisationsgutachtens für die Verwaltung der Gemeinde Rosendahl
Vorlage: VIII/649**

Bürgermeister Niehues verweist auf die Sitzungsvorlage VIII/649.

Herr Krüger erläutert im Folgenden das erstellte Organisationsgutachten, das den Fraktionen im Vorfeld per Email zugeleitet wurde. Er weist darauf hin, dass das Gutachten am Nachmittag dieses Tages bereits den Verwaltungsmitarbeitern im Rahmen einer Personalversammlung vorgestellt wurde. Abschließend bittet er um Fragen der Ausschussmitglieder.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärt, dass die Ergebnisse des Gutachtens ihn in einigen Bereichen überrascht hätten. Er habe z. B. gedacht, dass das Gebäudemanagement in einer Hand sei oder dass es regelmäßige Fachbereichsleiterbesprechungen gebe, was ja offenbar nicht der Fall sei. Er könne allerdings nicht erkennen, wie die Politik sich hier einbringen könne, außer über den Haushaltsplan und den Stellenplan.

Fraktionsvorsitzender Steindorf teilt mit, dass er sich durch das Gutachten in Bezug auf das Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung bestätigt fühle. Es sei wichtig, in Zukunft keine persönlichen Angriffe mehr zu führen. Das Gutachten habe viele Optimierungsmöglichkeiten aufgezeigt. Er halte die vorgeschlagenen Fachbereichsleiterkonferenzen für sehr sinnvoll und kenne das auch aus anderen Verwaltungen. Dort sei es z.B. auch üblich, regelmäßig die Fraktionsvorsitzenden anzurufen und über aktuelle Ereignisse zu informieren. Das aktuell bestehende Vertrauensverhältnis behindere etliche Aufgaben. Da liege es nun an allen Beteiligten, an diesem Vertrauensverhältnis zu arbeiten. Die CDU-Fraktion stehe zur Verfügung, um dieses Thema anzusprechen und eine Optimierung anzustreben.

Er fragt, ob die von den Gutachtern angesprochene Ebene der Teamleiter möglicherweise in einem rollierenden System besetzt werden könne, da es sich nicht um eine höher bewertete Tätigkeit handele.

Ferner gibt er dem Fraktionsvorsitzenden Branse darin Recht, dass die Politik bisher nur über den Stellenplan agieren könne und fragt, ob es nicht in Zukunft besser sei, in der gesamten Organisation miteinander zu arbeiten. Letztendlich müssten aber auch alle Beteiligten das Ergebnis des Gutachtens erst einmal auf sich wirken lassen.

Herr Niedermeier antwortet, dass das Gutachten grundsätzlich die Aufgliederung in zwei Fachbereiche mit zwei Fachbereichsleitern vorsehe. Diese sollen in Zukunft weit mehr als bisher mit Leitungsaufgaben und der Einhaltung von Rechtsgrundlagen betraut werden. Die untergeordneten Teamleiter sollen bei Entscheidungen unterstützen und als unechte Leitungskräfte fungieren, müssten daher also auch entsprechend qualifiziert sein. Natürlich könne man darüber nachdenken, Teamleiter zeitlich befristet einzusetzen.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragt, wer denn in Zukunft die Fachbereichsleiter vertreten solle.

Herr Niedermeier erklärt, dass die Vertretung eines Fachbereichsleiters aus dessen Verantwortungsbereich organisiert werden müsse. Ein Teamleiter sei durchaus qualifiziert, um eine kurzfristige Leitungsfunktion zu übernehmen. Es gebe auch die Möglichkeit einen Teamleiter als festen Vertreter zu bestellen, was dazu führen müsste, dass Fachbereichs- und Teamleiter regelmäßig zusammentreffen, um auch kurzfristige Vertretungen zu ermöglichen. Solche Vertretungen machten etwa 10 bis 12 % einer Vollzeitstelle aus, was nicht zu einer tariflichen Höhergruppierung führe.

Fraktionsvorsitzender Mensing stellt fest, dass das Gutachten deutlich auf das angespannte Verhältnis zwischen Rat und Verwaltungsleitung hingewiesen habe und der Rat an vielen Stellen den Bürgermeister leiten wolle. Die Politik müsse nun überlegen, wie sie den Bürgermeister in Zukunft unterstützen könne, um einen gemeinsamen Weg zu gehen, um Entscheidungen wieder mehr in der Verwaltung zu fällen. Wenn Vergaben wieder in der Kompetenz der Verwaltung lägen, könne man damit die Sitzungsfrequenz der verschiedenen Gremien reduzieren.

Fraktionsvorsitzender Branse teilt mit, dass seiner Ansicht nach der Bürgermeister am Zuge sei. Dieser habe zuvor immer wieder auf seine Organisationshoheit verwiesen und deutlich gemacht, dass nur er entscheide, ob und wie das Gutachten evtl. umgesetzt werde. Solange das der aktuelle Sachstand sei, sei er nicht bereit, sich an Veränderungen zu beteiligen. Falls es aber möglich sei, einen Konsens zu finden, der die Mitarbeit des Rates und der Fraktionen zulasse, sei er gerne dazu bereit.

Bürgermeister Niehues erklärt, dass er bisher noch nicht gefragt worden sei, was er von dem Gutachten halte. Bisher seien nur alte Meinungen zitiert worden. Es sei richtig, dass er ursprünglich das Geld für das Gutachten sparen wollen. Er habe immer nur den Haushalt der Gemeinde Rosendahl im Blick gehabt. Aus diesem Grunde habe er auch die Fachbereichsleiterstelle für den Fachbereich Planen und Bauen eingespart und diese Aufgabe selbst übernommen. Nur so sei es möglich gewesen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Er wolle aber in Zukunft auch nicht mehr jeden Tag so lange arbeiten, zumal er auch noch viele repräsentative Termine wahrnehmen müsse. Dennoch sei es nur durch diese Vorgehensweise und durch massive Personaleinsparungen, insgesamt keine erfreulichen Maßnahmen, möglich gewesen, den Haushaltsausgleich für 2013 und auch für 2014 zu erreichen. Ihm sei auch bewusst, dass dieses nicht zu einer guten Stimmung innerhalb der Verwaltung und in der Politik beigetragen habe. Das sehr gute Organisationsgutachten habe bei ihm aber eine andere Sicht- und Denkweise ausgelöst. Er sei bereits seit fast 10 Jahren als Bürgermeister für die Gemeinde Rosendahl tätig und nicht davor gefeit, betriebsblind zu werden. Er habe viele Dinge nicht so gesehen, wie sie jetzt im Gutachten deutlich gemacht werden. Bisher habe keine Stelle für reine Organisationsarbeit zur Verfügung gestanden, obwohl er sich das auch gewünscht hätte. Das wolle er in Zukunft gerne ändern. Auch die Leitungsstelle für den Fachbereich Planen und Bauen solle ausgeschrieben werden.

Das Gutachten sei genau in seinem Sinne und habe deutlich gezeigt, dass vier Fachbereiche für eine Verwaltung dieser Größenordnung deutlich zu viel seien. Nach dem Ausscheiden der Fachbereichsleiter Gottheil und Homering könne in Zukunft eine Reduzierung der Fachbereiche umgesetzt werden. Es sei richtig, dass es seit einiger Zeit keine regelmäßigen Besprechungen mit den Fachbereichsleitern mehr gegeben habe. Stattdessen habe er zwischendurch Gespräche geführt und Dinge geregelt. Auch darüber habe er bereits nachgedacht. Unmittelbar nach der Vorstellung des Gutachtens für die Mitarbeiter am Nachmittag habe er die Fachbereichsleiter zu einer ersten Besprechung in der Folgewoche eingeladen. Man müsse überdenken, was und in welcher Zeit umgesetzt werden könne.

Als erstes könne man über eine Änderung der Öffnungszeiten beraten, die ja dringend angeraten worden sei. Wenn die Politik eine Änderung mittrage, könne darüber noch am heutigen Abend abgestimmt werden.

Er macht deutlich, dass er die Erstellung des Gutachtens im Nachhinein für gut angelegtes Geld halte und für Veränderungen offen sei. Das Gutachten habe ihm „die Augen geöffnet“. Er wünsche sich einen Neuanfang für die gemeinsame Arbeit mit dem Rat der Gemeinde Rosendahl.

Ausschussmitglied Schulze Baek erklärt, dass der Rat schon zuvor den Eindruck gehabt habe, dass es in der Verwaltungsorganisation ein Verbesserungspotential gebe, was durch das vorliegende Gutachten bestätigt werde. Er fordert dazu auf, die nötigen Konsequenzen aber in Ruhe zu überdenken und keinen „Schnellschuss“ zu machen. Er erwarte von Bürgermeister Niehues, dass dieser gemeinsam mit den Vertretern der Verwaltungsspitze überlege, wie man dieses Haus am besten aufstellen könne. Zudem müsse sowohl auf Seiten des Rates als auch auf Seiten der Verwaltung die Überlegung bestimmte Kompetenzen abzugeben.

Bürgermeister Niehues bestätigt noch einmal, dass die erste Besprechung mit den Fachbereichsleitern und der Gleichstellungsbeauftragten zur Umsetzung des Gutachtens am kommenden Mittwoch stattfinden werde.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärt, dass er der Stellungnahme von Bürgermeister Niehues entnommen habe, dass dieser bereit sei an einer gemeinsamen Struktur zu arbeiten. Der Rat wolle sich nicht einmischen sondern einbringen. Dazu müsse man sich aufeinander einstellen und das brauche auch Zeit. Er wolle nicht irgendwann wieder feststellen müssen, dass Bürgermeister Niehues sich auf seine Organisationshoheit zurückziehe. Er hoffe auf einen Konsens zwischen Verwaltung und Bürgermeister und könne sich vorstellen, dass dieser dann in Zukunft auch wieder mehr Handlungsfreiheit habe, als bisher. Er würde das auf jeden Fall begrüßen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärt, dass es einen Neustart geben könne, wenn insbesondere an dem Vertrauensverhältnis zwischen Politik und Verwaltung gearbeitet werde. Wenn Bürgermeister Niehues in Zukunft Gespräche mit den Fachbereichsleitern und der Gleichstellungsbeauftragten führe, habe das ja auch eine Essenz, die hoffentlich aus Kompromissen bestehen werde. Wenn die Ergebnisse solcher Gespräche übermittelt würden und man die Politik partizipieren lasse, seien die Ratsmitglieder sicher die Letzten, die sich einer Zusammenarbeit verweigern würden. Der Stellenkegel könne nicht weiter nach unten abgebaut werden und auf gar keinen Fall dürfe in Zukunft auf die Einrichtung von Ausbildungsplätzen verzichtet werden. Das seien alles Fragen, die gemeinschaftlich erarbeitet und gelöst werden könnten. Wenn beide Seiten sich in Zukunft an Absprachen hielten, könne das verlorene Vertrauen langsam wieder aufgebaut werden.

Eine Abstimmung über geänderte Öffnungszeiten des Rathauses am heutigen Tage halte er allerdings für verfrüht.

Fraktionsvorsitzender Branse weist darauf hin, dass es im Hinblick auf die mögliche Reduzierung der Fachbereiche notwendig sei, ein Stellenprofil für die Bauamtsleiterstelle anzulegen, bevor man diese Stelle ausschreibe.

Bürgermeister Niehues antwortet, dass er sich zuvor nicht habe vorstellen können, dass die Verwaltung evtl. nur mit 2 Fachbereichen funktionieren könne. Momentan seien die Fachbereichsleiter noch zu 80 % Sachbearbeiter. Das Organisationsgutachten sehe vor, dass die Fachbereichsleiter in Zukunft nur noch eine reine Leitungsfunktion übernehmen, um für die Zukunft eine Struktur zu erreichen, die einen evtl. verwaltungsfremden Bürgermeister unterstütze. Im Moment gebe es aber doch noch vier Fachbereiche und bis zum Ausscheiden von zwei Fachbereichsleitern im Jahr 2015 müsse die Stelle zunächst so ausgeschrieben werden, wie sie bisher konzipiert war. Man könne der Ausschreibung aber hinzufügen, dass bei einer Umstrukturierung eine evtl. Änderung der Stellenbeschreibung erfolgen werde.

Fraktionsvorsitzender Meier erklärt, dass er kein Problem darin sehe, dass ein Fachbereichsleiter für den Fachbereich Planen und Bauen mit entsprechender Ausbildung auch zukünftige weitere Aufgaben übernehmen könne.

Bürgermeister Niehues weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass evtl. auch eine stadtplanerische Ausbildung für die zukünftige Bauamtsleitung gefordert werde. Weitere Überlegungen dazu führten aber heute zu weit ins Detail. Darüber müsse man dann gesondert beraten.

Fraktionsvorsitzender Mensing teilt mit, dass im Haushalt 2014 Mittel für eine evtl. notwendige Stellenbewertung eingeplant seien.

Bürgermeister Niehues ergänzt, dass bei einer Umsetzung des Organisationsgutachtens alle Stellen in absehbarer Zeit neu bewertet werden müssten. Er bedankt sich abschließend bei den Herren Niedermeier und Krüger für die gute Zusammenarbeit und versichert, dass er sie weiterempfehlen werde. Möglicherweise könne man im Rahmen der notwendigen Stellenbewertungen zu einer weiteren Zusammenarbeit kommen. Ein entsprechendes Angebot der Firma liege ja bereits vor.

Herr Niedermeier bedankt sich ebenso für die Zusammenarbeit, insbesondere auch bei den Mitgliedern des Ausschusses, die ihm und seinem Kollegen, Herrn Krüger durch die Teilnahme an der vorherigen Sitzung des HFA wertvolle Informationen und Einblicke ermöglicht hätten.

Gerne seien sein Kollege und er zu einer weiteren Zusammenarbeit bereit.

6 Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Gemeinde Rosendahl
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Dezember 2013
Vorlage: VIII/651

Bürgermeister Niehues verweist auf die Sitzungsvorlage VIII/651.

Fraktionsvorsitzender Branse schlägt vor, das Wort „möglichst“ im ersten Satz des Formulierungsvorschlages zu streichen und somit die Niederschrift in der jeweils nächstfolgenden Sitzung zu genehmigen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf schließt sich diesem Vorschlag an und schlägt vor, zusätzlich auch den ersten Satz des folgenden Absatzes, in dem es um die Fristen für Änderungswünsche geht, zu streichen.

Fraktionsvorsitzender Mensing regt an, die Option für die Mitteilung von Änderungswünschen in der jeweils übernächsten Sitzung beizubehalten. Zusätzlich wünsche die WIR-Fraktion, dass ein Aktenvermerk über einen nicht berücksichtigten Einwand angefertigt werde.

Fraktionsvorsitzender Branse teilt mit, dass man doch evtl. eine Frist von 8 Wochen für das Vorbringen von Einwänden festlegen könne. Er begrüßte es, dass ein Einwand schriftlich erfolgen solle. Er gehe davon aus, dass sich dadurch bereits 95 % der Einwände erledigen.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärt, dass er die Formulierung „möglichst“ im ersten Satz vorgeschlagen habe, da Niederschriften auch häufig erst in der nächstfolgenden Sitzung verteilt würden. Im zweiten Absatz des Formulierungsvorschlages

gehe es darum, zeitnah Einwände vorzubringen und der jeweiligen Schriftführerin bzw. dem jeweiligen Schriftführer die Möglichkeit zu geben, dies bis zur nächsten Sitzung zu überprüfen. Die Anfertigung eines Aktenvermerkes führe zu weiterem Verwaltungsaufwand. Einwände würden unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt protokolliert.

Bürgermeister Niehues ergänzt, dass bei den Überlegungen für die zeitliche Befristung als Beispiel die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses dienen könne, die gewöhnlich nur zweimal im Jahr stattfindet. Hier hätten dann die Rats- und Ausschussmitglieder ein halbes Jahr Zeit ihre Einwände vorzubringen und es sei für alle Beteiligten schwierig, sich dann genau zu erinnern.

Ausschussmitglied Schulze Baek bittet darum, den Formulierungsvorschlag der Verwaltung nicht zu diskutieren, da es doch so oft gar keine Änderungswünsche für die Niederschriften gebe.

Bürgermeister Niehues erklärt, dass es jederzeit möglich sei, die Geschäftsordnung erneut zu ändern, wenn sich zeige, dass der Formulierungsvorschlag in Bezug auf die Fristen nicht praktikabel sei.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Der in der Sitzungsvorlage Nr. VIII/651 enthaltene Entwurf zur Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Gemeinde Rosendahl wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7 Mitteilungen

7.1 Eingangsklassenbildung für die Rosendahler Grundschulen zum Schuljahr 2014/15 - Kämmerin Fuchs

Kämmerin Fuchs teilt mit, dass zum Stichtag 15. Januar 2014 insgesamt 119 Anmeldungen für die Eingangsklassen der Rosendahler Grundschulen vorgelegen haben. Darin enthalten seien 26 Schüler für den zweiten Jahrgang der jahrgangsübergreifende Eingangsklasse an der Antonius-Grundschule in Darfeld. Aufgrund der kommunalen Richtzahl von 23 Schülern ergebe sich rein rechnerisch ein Bedarf von 5,17 Klassen. Da Rosendahl aber eine kleine Kommune sei, dürfe diese Zahl aufgerundet werden, so dass an jeder Grundschule in den drei Ortsteilen entsprechend dem Bedarf 2 Eingangsklassen, insgesamt also 6 Klassen, gebildet werden können.

8 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

Niehues
Bürgermeister

Wisner-Herrmann
Schriftführerin